

# Pulsnitzer Wochenblatt

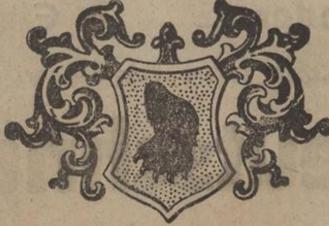
Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt Krieg, Streik od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Verlagsbetriebe hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchl. — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchl. — 50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2 50 freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Masse's Zeilenmaß 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Amtliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Diebstahl vom Zahlungstag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Eichenborn, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Jug. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 146

Sonnabend, den 6. Dezember 1924

76. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

#### Erneuerung der Weiterveräußerungs- und Bezugsbescheinigungen für Luxussteuerpflichtige Gegenstände.

Die Gültigkeitsdauer der laufenden Weiterveräußerungs- und Bezugsbescheinigungen für Luxussteuerpflichtige Gegenstände ist vom Herrn Reichsminister der Finanzen ausnahmsweise bis zum 31. März 1925 verlängert worden. Es sind daher neue Bescheinigungen mit Wirkung vom 1. April 1925 auszustellen.

Die Erneuerung der Bescheinigungen ist bereits jetzt, spätestens bis zum 31. Dezember 1924, zu beantragen. Dabei ist anzugeben, welchem Fachverbande der Antragsteller angehört.

Finanzamt Kamenz, am 4. Dezember 1924.

Auf Blatt 441 des Handelsregisters, die Firma Ueberlandkraftwerke Pulsnitz, Aktiengesellschaft in Pulsnitz betr., ist heute eingetragen worden:

Zum Prokuristen ist bestellt der Kaufmann Gustav Bruno Rintcher in Pulsnitz.

Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied vertreten.

Pulsnitz, am 6. Dezember 1924.

Das Amtsgericht.

Am 8. Dezember 1924, vormittags 9 Uhr sollen

#### 2880 Stück grüne Wepläts (Flaschen)

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden. Sammelort der Bieter: Ratskeller Pulsnitz.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz, am 6. Dezember 1924.

### Stadtverordneten-Kollegium.

Hiermit wird bekanntgegeben, daß Herr Lehrer Klaus auf seinen Antrag aus dem hiesigen Stadtverordneten-Kollegium entlassen worden ist. An seine Stelle ist Herr Geschäftsführer Otto Reinhardt, wohnhaft in Pulsnitz, Lange Straße 326, in das Kollegium eingetreten.

Pulsnitz, am 4. Dezember 1924.

Rat der Stadt.

## Das Wichtigste.

Zu den Reichstagswahlen sind nicht weniger als 4249 Kandidaten aufgestellt.

In Hannover begann am Freitag unter großem Andrang des Publikums der Prozeß gegen den Massenmörder Haarmann, der etwa 14 Tage dauern dürfte.

Das Nobel-Komitee hat beschlossen den Friedenspreis für 1924 nicht zu verteilen, sondern den Betrag für das nächste Jahr zurückzulegen.

Der kommunistische Agitator Saboul ist Donnerstag vormittag gegen 12 Uhr in Paris verhaftet worden. Der Abg. Barthelemy teilte in der Kammer mit, daß er die Regierung über die Festnahme Sabouls zu interpellieren wünsche.

Am Mittwoch wurden bei Lloyd in London gewettet über den Ausgang der deutschen Reichstagswahlen: für Behauptung der jetzigen Regierungskoalition 1 gegen 3, für einen Links-sieg 2 gegen 3, für einen Sieg der Rechten 3 gegen 2.

Die Lloydversicherung in London erhöhte gestern für Europa die Prämien für völligen Vermögensverlust im Falle eines Krieges auf 49 vom Tausend. Die auffällige Prämien-erhöhung wird in der „Times“ mit bestimmten Nachrichten über russische Kriegsvorbereitungen gegen die Randstaaten begründet.

Der englische Außenminister Chamberlain traf vorgestern nachmittags um 6 Uhr in Paris ein und begab sich vom Bahnhof sofort zur englischen Botschaft.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlichte eine Note Chamberlains an den Völkerbund, in der sie England jede Einmischung in den ägyptischen Konflikt verbittet.

Die Ratzeburger Zeitung „El Wokaltan“ berichtet, die Witwe Sir Lee Stacks habe die von der englischen Regierung angebotene Entschädigungssumme von 200 000 englischen Pfd. abgelehnt. Sie habe gebeten, das Geld unter die Armen zu verteilen.

In Lodz ist der Generalfreik verkündet worden. Außer den Zeitungen arbeiten nur die lebenswichtigen Betriebe.

## Die Partei der Nichtwähler.

Der Wahlkampf ist so gut wie entschieden, die Zeit, die uns von der Entscheidung trennt, ist schon nach Stunden zu berechnen, und heute weiß jeder, wie er seine Stimme abgeben will. Wenn er wählt! Mancherlei Einzelbeobachtungen der vergangenen Wochen drängen aber noch die Befürchtung auf, daß die Partei der Nichtwähler diesmal bei weitem die größte sein wird, und diese Möglichkeit ist zugleich die größte Gefahr für den endgültigen Ausgang. Schon bei den Nachwahlen in Oberschlesien und Hamburg zeigte sich, daß trotz sehr starker Wahlagitation der Prozentsatz der Wahlbeteiligung ganz erheblich zurückgegangen war, daß also ganze Mandate einfach ausfielen. Und auch diesmal wird es wohl so sein, daß der Stimmentlust, den auf der einen Seite die Kommunisten und auf der anderen die Deutschvölkischen erleiten, nicht der Mitte zugute kommt, sondern in der Vergrößerung der Zahl der Nichtwähler sich ausdrückt. Das wäre zum Teil begreiflich. Die radikalen Parteien haben unter der Jugend ihre meisten Anhänger, wenn sie ihre frühere Stimmengahl nicht wieder erreichen, dann drückt sich darin die Enttäuschung eines ganzen Idealismus aus, der nur bei den Extremen an die Durchführung seiner Politik glaubte und sich jetzt eben so

verärgerter wie enttäuscht von dem Wahlgang über- haupt ablehrt, ohne einsehen zu wollen, daß gerade die Nichtbeteiligung an der Wahl der größte Fehler ist, weil dadurch die Stellung der Gegner verstärkt wird.

Aber auch in den älteren Jahrgängen sind ihrer viele, die aus einem ähnlichen Pessimismus heraus am Sonntag zu Hause bleiben wollen. Hunderttausende, die zum neuen Staat noch keine Stellung genommen haben, die es ablehnen, daß dieser Staat ihr Staat ist und insolge dessen zum Zeichen des Protestes grundsätz- lich die Wahlen boykottieren, andere Hunderttausende, vermutlich in der Hauptsache bei den Deutschnationalen, die mit der Befahrenheit der politischen Verhältnisse unzufrieden sind, die insolge dessen kleinmütig geworden sind und sich sagen, daß mit diesem System doch nichts zu erreichen ist, daß es deshalb das Beste ist, die Dinge einfach laufen zu lassen und abzuwarten, wohin sie treiben. Das ist aber, mit Verlaub zu sagen, Katastrophopolitik. Denn die große Frage, um die es geht, wenn man alles andere Rankenwerk beiseite schiebt, ist doch die eine, ob nach rechts oder nach links hinsichtlich in Deutschland regiert werden soll. Was wir brauchen, ist eine starke rechte Mehrheit, die dem Anflug der ewigen parlamentarischen Krisen end- lich ein Ende macht und uns auf Jahre hinaus feste politische Verhältnisse schafft. Die Parteien der Rechten haben das sehr viel rascher begriffen. Sozialdemokraten und Demokraten, unterstützt von den Organisationen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold haben eine eifrige und, wie es scheint, auch erfolgreiche Wahlpropaganda entfaltet, ihnen ist es gelungen, etwas wie Begeisterung zu entfachen und sich von einem starken Schwung nach oben treiben zu lassen. Sie werden den letzten Mann an die Urne heranzubringen, wenn sie alles daransetzen, um jede Stimme mobil zu machen, und daselbe Reichsbanner wird dabei bereit- willige Schlepperdienste leisten. Das Zentrum aber, das in diesem Wahlkampf das Glück gehabt hat, daß es sich wieder an der entscheidenden Frage vorbeimogeln konnte, ist religiös so fest verankert, daß ihm die Wahlunfähigkeit nicht allzu viel ausmacht.

Bleiben also die Parteien der Rechten im weitesten Sinne, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Deutschvölkische, die unter Umständen die Kosten des Verfahrens zu tragen haben. Es kann ihnen sehr leicht geschehen, daß Gewinn und Verlust der einzelnen Parteien unter sich bei weitem sich nicht gegenseitig ausgleicht, sondern ein Defizit verbleibt, das der Partei der Nichtwähler zu Lasten zu schreiben ist. Niemand sage, daß es nicht auf jede einzelne Stimme ankommt. Gewiß, früher prägte sich das deutlicher aus; solange solange wir noch die kleinen Wahlkreise mit der unmittelbaren Wahl des Kandidaten hatten, kam es vor, daß eine Stimme Mehrheit entschied, kam es sogar vor, daß zwischen den Bewerbern gelost werden mußte, weil sie genau die gleiche Stimmzahl erreichten. So unmittelbar wirkt sich das bei dem jetzt zu Recht bestehenden unglücklichen Wahlrecht nicht aus. Immer-

hin, es hat den Vorzug, daß keine Stimme unter dem Tisch fällt, was in den Wahlkreisen übrig bleibt, summt sich auf der Reichsstufe zusammen und verhilft der Partei unter Umständen noch zu einem weiteren Mandat. Und die Zahl derer, die so denken, geht in die Hunderttausende. Je 60 000 Stimmen aber be- deuten ein Mandat, das wieder für die Bildung der Mehrheit von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Jeder also, der am Sonntag zuhause bleiben will, muß sich darüber klar sein, daß davon vielleicht das Schicksal des ganzen Wahlkampfes abhängt, und daß seine persönliche Passivität, denen zugute kommt, denen er den Sieg ganz gewiß nicht gönnt.

## Vertische und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Wahl-Versammlung der Deutschen Volkspartei.) Die Ortsgruppe Pulsnitz hatte als Referenten für die am Donnerstag ab- gehaltene Wahlversammlung Herrn Staatsminister a. D. Dr. Heinze gewonnen. In seinem fast zweistündigen Vortrag gab der Herr Redner einen Ueberblick über die politische Lage. Eingangs unterstrich er die deut- lich zu bemerkende Abnahme des politischen Interesses gegenüber früherer Zeiten vor dem Krieg. Das liege daran, daß jetzt viel zu viel von Politik geschrieben und gesprochen würde und daß eine zweimalige Reichs- tagsauslösung in einem Jahr die Wähler ermüde. Redner verbreitete sich über die Gründe der zwei- maligen Auflösung und ging dann über zur äußeren Politik. Redner warf einen Blick auf das Versailler Diktat, auf die Reparationsfrage, um die sich alles drehe, streifte Wirth's Erfüllungspolitik und besprach den Ruhrkampf und seine Folgen. Er wurde auf- genommen weil man glaubte, Deutschland in zwölfster Stunde zu retten. Mit der Aufnahme schlug für Deutschland die Geburtsstunde des Wiederaufbaues. Redner streifte alsdann das Dawes-Gutachten und begründete dessen Annahme. Interessant waren die Ausführungen über die Fragen: „Welche Wege sind zu gehen um die Stimmung der Welt wieder zu unseren Gunsten zu heben?“ und „Wie haben wir zu handeln, damit das Ausland wieder vor einem stolzen, selbstbewußten Deutschland Respekt hat?“ Redner behandelte alsdann den Eintritt in den Völ- kerbund (die Entscheidung ist noch nicht gefallen) und ging sodann zur inneren Politik über und behandelte ausführlich die Wirtschaftspolitik. Er empfahl die Aufgabe der Zwangswirtschaft, maßvolle Schutzzoll- politik, gute Handelsverträge und Schutz des Hand- werkes. Auch die Aufwertungsfrage streifte Redner und erklärte, daß die Aufwertung kommen müsse. — Im letzten Teil seines Vortrages legte Redner klar, wie er sich die Durchführung seiner Politik dachte. Dabei unterstrich er, daß mehr Maßstab auf ver- fassungsmäßigem Wege gezeigt werden müsse. Die Regierungskrisen seien die Folge des demokratisch- parlamentarischen Systems. Weiter zog Redner Ver-

